

Am 21. August 2013 meldeten oppositionelle Kräfte aus der Ghouta, dem grünen Umland von Damaskus, mehrere Giftgasangriffe. Die Zahl der Todesopfer wurde mit über 1.000 angegeben, später sanken die Schätzungen unter 300. Regierung und Opposition beschuldigten sich gegenseitig. US-Präsident Barack Obama sah die "rote Linie" überschritten, die er ein Jahr zuvor am 20. August 2012 gezogen hatte, als er für den Fall eines Giftgaseinsatzes der Regierungsarmee militärische Vergeltung ankündigte. Russland sprach von einem Angriff der Rebellen, der der Regierung zur Last gelegt werden sollte, um die USA zum Eingreifen zu veranlassen. Die Situation spitzte sich am 31. August zu, als die von Obama angedrohte Intervention unmittelbar bevorzustehen schien. Doch plötzlich wurden die Kampfbomber vom Rollfeld zurückgerufen. Zwar sicherte Damaskus die Vernichtung aller Chemiewaffenbestände zu. Wer aber für den Giftgaseinsatz in der Ghouta verantwortlich war, blieb trotz UN-Untersuchung ungeklärt.

Ghouta: Wo ist der Beweis?

Von Jörg Tiedjen

Es war nicht das erste Mal, dass vom Einsatz chemischer Kampfstoffe in Syrien berichtet wurde. Aber an jenem 21. August verbreiteten sich die Meldungen derart rasant, dass allein der allgemeine Widerhall wie eine Bestätigung wirkte. Mit Aufnahmen von Dutzenden ermordeten Kindern wurde die Nachricht selbst zum Beweis, dass die syrische Regierung die von den USA gesetzte "rote Linie" überschritten hatte. Zielstrebig ging die Berichterstattung über zur Frage nach der Bestrafung.

Alarm mit Vorgeschichte

Zwar gibt es bis heute keine verlässlichen Opferzahlen, und unser Eindruck von einem Massaker mit zumindest Dutzenden Toten beruht lediglich auf einigen Youtube-Videos, deren Echtheit nie überprüft wurde. Dennoch schloss man, dass einen Angriff mit derart vielen Toten nur die Regierungsarmee verübt haben konnte, verfügte doch angeblich nur sie über entsprechende Mengen des dabei eingesetzten Kampfstoffes Sarin. Doch was war das Motiv? Militärisch befand sich die Regierung in der Offensive, während die Rebellen sich untereinander zu bekämpfen begonnen hatten. Wollte sie ihren Vorteil nicht verspielen, so musste die Regierung alles tun, eine US-Intervention zu vermeiden. In dieser Hinsicht hätte sich die Armee für einen Chemiewaffeneinsatz keinen schlechteren Zeitpunkt und Ort aussuchen können. Denn am 18. August war ein Team von UN-Chemiewaffeninspektoren unter Åke Sellström in Damaskus eingetroffen, das den Auftrag hatte, frühere Berichte von Giftgaseinsätzen zu überprüfen. In Anbetracht der Vorgeschichte der Mission war absehbar, dass ihr Mandat erweitert würde, wenn neue Meldungen über Angriffe mit Giftgas einträfen, insbesondere wenn die Regierung als Verantwortlicher galt.

Es war ursprünglich nämlich nicht die Opposition, sondern die Regierung selbst, die das UN-Team angefordert hatte. Am 19. März 2013 hatte Syrien die UN von einem Angriff von Rebellen in Khan Al-Asal bei Aleppo unterrichtet, bei dem chemische Kampfstoffe eingesetzt worden seien. Am Tag darauf forderte das Land die UN offiziell zur Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission auf. Allerdings behaupteten Großbritannien, Nordirland und Frankreich wiederum einen Tag später, über Hinweise auf weitere Giftgasangriffe zu verfügen. Die Einsetzung der Kommission wurde an die Bedingung geknüpft, dass auch diesen nachgegangen würde. Am 14. Juni legten die USA den UN eine Analyse vor, derzufolge die Regierung in Damaskus selbst für den Einsatz von Giftgas oder genauer Sarin in Khan Al-Asal verantwortlich gewesen sei. Das schon Ende März in Absprache mit der OPCW, die im Herbst mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, und der WHO bestellte Sellström-Team war bewusst nicht mit dem Auftrag versehen worden, den Urheber zu ermitteln, sondern es sollte lediglich feststellen, ob tatsächlich Giftgas eingesetzt worden war. Wegen des diplomatischen Tauziehens um die UN-Untersuchung traf Sellström, bekannt als Chemiewaffeninspekteur im Irak, erst am 18. August in Damaskus ein. Zwei Tage später, genau einen Tag vor Ghouta, legte die syrische Regierung der Kommission die Beweise für ihre Anschuldigungen gegen die Rebellen im Fall Khan Al-Asal vor: Opfer- und Zeugenlisten,

medizinische Analysen. Nichts Vergleichbares gibt es im Fall der Ghouta. Auch hatte Russland auf eigene Faust vor Ort chemische Analysen durchgeführt, unter anderem an Resten einer improvisierten ballistischen Waffe angeblich aus der Produktion von Rebellen. Sellströms am 12. Dezember 2013 veröffentlichter Abschlussbericht bewertet die vorgelegten Angaben als stimmig. Indem der UN-Report zugleich zwei weitere Angriffe mit chemischen Kampfstoffen in Jobar und Ashrafiya indirekt bestätigt, bei denen ebenfalls vieles dafür spricht, dass sie auf das Konto von Rebellen gehen, sät er Zweifel über immer wieder vorgetragene Behauptungen, dass die letztgenannten über kein Giftgas verfügten.

Verdacht wechselt Richtung

Doch das sollte in der Berichterstattung über Giftgas in Syrien keine Rolle spielen. Kaum hatten die UN-Beobachter am 20. August in Damaskus das Dossier der Regierung über Khan Al-Asal erhalten, verbreiteten sich am darauffolgenden Morgen die Berichte über den Giftgasangriff in der Ghouta wie ein Lauffeuer. Khan Al-Asal war vergessen. Dort hatten Rebellen wahrscheinlich der Nusra-Front zudem im Juli nach schweren Kämpfen ein Massaker unter gefangenen Regierungssoldaten angerichtet, möglichen Zeugen für den Giftgaseinsatz im März. Die Kommission sollte nicht mehr dorthin reisen. Stattdessen ermittelte sie am 27. und 29. August in der Ghouta – einmal mehr bestanden jedoch gerade die USA darauf, dass das Mandat der Mission nur den Nachweis des Giftgases selbst, nicht die Suche nach dem Verantwortlichen für seinen Einsatz umfasste.

Vielmehr zeigten sich die USA und auch Frankreich schon wenig später überzeugt, den Täter bereits überführt zu haben: die Regierung in Damaskus. Sie verwiesen dabei auf Geheimdienstkenntnisse, von denen sich jedoch zum Beispiel ein von Israel abgehörtes Telefonat als wenig stichhaltig erwies. Dennoch schwenkte die Berichterstattung nahezu einstimmig auf diese Linie ein. Abweichende Meldungen und Analysen kamen kaum mehr zur Sprache. Die Kriegsberichterstattung hatte begonnen, noch bevor der Krieg überhaupt erklärt war. In Deutschland wurde nicht einmal über die Freilassung von Pierre Piccinin und Domenico Quirico von "La Stampa" berichtet, die sich am Tag der Giftgasattacke als Geiseln in der Hand von Rebellen befunden hatten und Zeugen eines Gesprächs derselben auf Skype geworden waren, bei dem sie selbst sich zu dem Angriff bekannt haben sollen, wenn Quirico dies auch nicht als Beweis ihrer Täterschaft wertete. (siehe *inamo* Nr. 75, Herbst 2013)

Blogger als Chefermittler

Die Rebellen hatten also im Unterschied zur Regierung ein klares Motiv: Sie wollten eine Militärintervention, und sie hatten möglicherweise ein Interesse, dass die UN Khan Al-Asal nicht genauer untersuchen. Beides war durch eine gelungene Operation unter "falscher Flagge" zu erreichen. Über Giftgas verfügten sie höchstwahrscheinlich, wie die UN nachträglich bestätigten. Dennoch wurde die Möglichkeit, dass sie für den Angriff verantwortlich sein könnten, zumeist nicht einmal in Erwägung gezogen. Ein starkes Indiz für diese These ergibt sich aber, wenn man fragt, woher denn all die Beweise überhaupt stammen, die bisher für die Schuld der Regierung angeführt wurden. Wie Subrata Ghoshroy vom Massachusetts Institute for Technologie MIT am 17. September in einer Studie anmerkte, verdanken sich letztlich alle Beweise der USA und auch der UN, die bisher dafür vorgetragen wurden, dass die syrische Regierung für Ghouta verantwortlich war, weitgehend den gleichen oppositionellen Quellen. Die UN hatten also lediglich die bescheidene Aufgabe, zu bestätigen, was vorher schon gemeldet worden war.

Ob die offizielle Schuldzuschreibung der US-Regierung von Ende August, so sehr diese auch auf eigenen "Erkenntnissen" zu beruhen vorgibt, eine Untersuchung der "New York Times" vom 4. oder von "Human Rights Watch" vom 10. September, ja der UN-Vorausbericht über die Geschehnisse in der Ghouta selbst - sie alle gehen auf Material zurück, das lokale Oppositionsgruppen ins Internet einspeisten oder auf das sie die Inspektoren vor Ort hinwiesen. Ein Ausschnitt dieses Materials findet sich schon in einem am 22. August veröffentlichten Bericht des "Violations Documentation Center", angefertigt unter der Leitung der Oppositionellen Razan Zaitounah, die später von Rebellen entführt wurde. Bezeichnenderweise finden sich darin keine Belege für die Angabe, dass neben Zamalka und Ain Tarma in der Ost-Ghouta auch Moadamiyah im Westen mit Giftgas angegriffen wurde, ein Mangel, der auch am UN-Bericht über die Ghouta beanstandet wurde: Die UN-Ermittler fanden

in Moadamiyah keine Reste eines Waffenträgers für Giftgas, und der Nachweis von Abbauprodukten des Kampfstoffes Sarin ist an diesem Ort lückenhaft. Aufbereitet wurde das Material der Opposition hauptsächlich von dem auf Syrien spezialisierten Blogger Brown Moses bzw. Eliot Higgins. Von ihm stammte eine Zusammenstellung der Videos, die die Folgen des Angriffs zeigt: Säle voller Leichen, Patienten mit Symptomen, wie sie für Giftgas typisch scheinen. Ghouta bot dem Blogger einmal mehr die Gelegenheit, sich als sachkundiger Waffenexperte zu zeigen. Insbesondere suchte er nachzuweisen, dass die syrische Armee sich bei verschiedenen Giftgasangriffen, so auch in der Ghouta, einer improvisierten Waffe bedient hatte, von ihm UMLACA genannt. Er unternahm auch den Versuch, mit einem eigenen Aufsatz in "Foreign Policy" Seymour Hersh's Aufsatz "Whose Sarin?" zu widerlegen, wobei Higgins sich kurioserweise auf die Nachrichtenagentur Anna-News berief, der ansonsten seit ihrer Berichterstattung über einen früheren Massaker in Houla jede Seriosität abgesprochen wird.

Aussage gegen Aussage

Die USA greifen also in ihren Analysen, ja bei Entscheidungen über Krieg und Frieden auf einen britischen Hobby-Blogger zurück, der wiederum sein Material weitgehend aus dem Internet bezieht. Immerhin ist Brown Moses nicht der einzige Sherlock Holmes am Bildschirm. Whoghouta.blogspot.de hat sich ebenfalls in den Ozean der Youtube-Videos gestürzt. Dabei stieß der Autor des Blogs auf ein undeutliches Filmchen von "Liwa Al-Islam", die jetzt Teil der von den USA unterstützten "Islamischen Front" ist. Gleichwohl soll die Jihadisten-Truppe des Zahran Alloush seinerzeit die UN-Kommission bei ihrer Fahrt in die Ghouta beschossen haben. Auf der Handy-Aufnahme ist zu sehen, wie Jihadisten in Gasmasken in der fraglichen August-Nacht eine UMLACA mit einer Haubitze abfeuern. Whoghouta hält die Aufnahme für echt, Brown Moses für eine Fälschung. Jeder kann sich eine Meinung bilden - wenige können sie überprüfen.

Doch warum sollten Kämpfer der "Liwa Al-Islam" Hinweise, dass sie für einen Angriff unter "falscher Flagge" verantwortlich gewesen sein könnten, selbst im Internet veröffentlicht haben? Das bliebe ein Rätsel. In einer entscheidenden Frage behielt Whoghouta allerdings recht. Ursprünglich hatten Brown Moses und andere Experten die Reichweite einer UMLACA auf über zehn Kilometer geschätzt. Daraus soll sich in Verbindung mit der Einschlagsrichtung der in der Ghouta gefundenen Waffenreste ergeben haben, dass das Giftgas von einer Kaserne der syrischen Armee aus abgefeuert wurde. Im Januar 2014 veröffentlichten aber die beiden MIT-Experten Theodore A. Postol und Richard M. Lloyd eine Studie, derzufolge die Reichweite nicht größer ist als 2 km. Das entsprechende Gebiet kontrollierten damals die Rebellen - auch wenn in die Regierungsarmee "eingebettete" Reporter von Anna-News Aufnahmen drehten von laufenden Armeeoperationen in der Ghouta. Da sie nun einmal dort waren, schließt Brown Moses, dass die Regierung sehr wohl die Möglichkeit zu dem Giftgaseinsatz hatte. Dies ist bis heute der Stand: Die Regierung hatte die Möglichkeit - aber wahrscheinlich auch "Liwa Al-Islam", die zudem ein Motiv hatte. Weiter wird man allein auf Basis von Youtube in dieser Frage nicht kommen.

Jörg Tiedjen, Redaktion.